



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/59 - 11.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 690

Monner zur letzten Phase des Saarstreites	S. 1
Löst Wehr die Bindungen zu den Kommunisten?	S. 3
Kirchen und Lehrerbildung in Bayern	S. 5
Major und General	S. 6
Eine würdige Antwort des finnischen Innenministers	S. 7

Das Statut der Hintergedanken

Von Dr. Karl K o m m e r, MdB

Robert Schuman hat dieser Tage geäußert, es bestünde hinsichtlich des Saarabkommens keine Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung, sondern lediglich verschiedene Hintergedanken. Das Aufklammern des Konfliktes um dieses Abkommen nach seiner Vorabentscheidung im Bundestag ist daraus zu erklären, dass der Bundeskanzler durch die konzentrierten Angriffe der Opposition gezwungen wurde, Löcher in seiner Argumentation durch den Rückgriff auf Hintergedanken und Aufbaueckung der Bedeutung persönlicher Gespräche mit Mondés-France und Beamten der englischen und amerikanischen Hoher Kommission zu stopfen. Ohne dass ihm dies gelungen wäre, am aller wenigsten in der Frage der angeblich garantierten freien Wahlen im Saargebiet, hat er in gleicher Zuge Löcher in der französischen Interpretation aufgerissen, und die französische Regierung gezwungen, zur Beruhigung der Senatoren ihre Hintergedanken deutlicher auszusprechen.

Ausgerechnet in dem zentralen Punkt der freien Wahlen, für deren Sicherung durch das Abkommen sich Adenauer so stark gemacht hatte, wurde er von seinem französischen Vertragspartner noch während der Debatte und erneut am 4. März desavouiert. Die freie Agitation von Parteien und Presse für den Verbleib des Saargebietes bei Deutschland und die Rückgliederung im Friedensvertrag würden dem Ziel des Abkommens genau widersprechen, erklärte das französische Außenministerium. Der Text des Abkommens selbst ist so, dass sowohl der einzusetzende

Kommissar als auch ein mit der Frage befasstes Gericht in keiner Weise auf die Adenauersche Deutung festgelegt wird.

Erneut vor den Kopf gestoßen

Auch in Bezug auf die Entwicklung der deutsch-saarländisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen wird Adenauer von der französischen Regierung erneut vor den Kopf gestoßen. Die neue Regierung Faure verhandelt wieder vor Inkrafttreten des Statuts, mit der aus unfreien Wahlen hervorgegangenen Hoffmannregierung über die im Artikel XII des Statuts vorgesehene Neuregelung der saarländisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen; das Geheimabkommen Hoffmann-Mendès-France vom 16. Oktober wird offiziell zur Grundlage gemacht und die Bundesregierung, die wegen der herzustellenden "gleichartigen" Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik immer beteiligt sein müßte, wird nicht einmal unterrichtet. Noch vor der Ratifizierungsdebatte im Senat am 22. März sollen die künftigen französisch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen neu fundiert werden. Ohne Rücksicht auf den deutschen Vertragspartner werden Fakten geschaffen; der Bundesregierung verbleibt, mit der Peinlichkeit ihres Versuches, direkte Verhandlungen mit Hoffmann zu führen, die zusätzliche Blamage, mit kränkender Robustheit überfahren zu werden.

Die Desavouierung des Kanzlers durch die französische Regierung wurde von den Saarern zum Statut so kommerziell empfunden, dass Adenauer den deutschen diplomatischen Vertreter in Paris in den Quai d'Orsay schickte. Aber nur um die desavouierten Thesen Adenauers zu wiederholen. Wie das Abkommen angewendet werden soll, will man nicht mit dem Vertragspartner festlegen, von dem man z.B. freie Wahlen für die Deutschen an der Saar nicht erhandeln konnte. Man tritt nach wie vor die Flucht zum Kommissar und der Westeuropäischen Union an, als ob diese die deutsche Sache mit mehr Energie und Aussicht auf Erfolg vertreten könnten als der deutsche Bundeskanzler.

Karlsruhe wird entscheiden müssen

Hier wird auch deutlich, wie schädlich ein glatter Durchlauf des Abkommens durch den Bundesrat dem deutschen Interesse sein könnte. Das letzte "Ja" steht höher im Kurs als die vorhergehenden. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, den Inkrafttreten des Saarab-

11.5.1955

kommen den Weg zu verbauen. Seit seiner Unterzeichnung hat es nicht etwa den Saarstreit "gelöst"; es hat ihn vielmehr vergiftet und würde es in unendlich höherem Maße in Zukunft tun, wenn bei seiner Durchführung die Hintergedanken aufeinanderprallen. Deshalb hat auch der Parteivorstand die Fraktion der SPD gebeten, zu prüfen, ob das Statut mit dem Grundgesetz vereinbar sei und ob sich ein Antrag auf Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht empfehle. Die Klage in Karlsruhe hängt tatsächlich davon ab - wenigstens sofern sie vom Bundestag und nicht von einem der antragsberechtigten Länder der Bundesrepublik gestellt wird - dass wenigstens zwölf der 52 das Saarabkommen ablehnenden Abgeordneten der übrigen Fraktionen den Mut zur Konsequenz beweisen und mit den 151 Abgeordneten der SPD unterzeichnen.

Wie die Dinge stehen, ist kein Grund anzunehmen, dass das notwendige Drittel der Abgeordneten des Bundestages nicht erreicht würde. Die Angriffe Adenauers und der CDU gegen die mitunterzeichnenden Abgeordneten werden massiv sein. Adenauers Autorität ist jedoch nicht mehr unumstritten und das, was man seiner Interpretation des Saarabkommens in der vergangenen Woche in Paris angetan hat, hat sie wahrhaftig nicht gefestigt.

Das schlechte Gewissen der CDU/CSU

Die SPD-Fraktion führt auch den politischen Kampf gegen das Saarstatut weiter. Ihr Antrag, die nach der Abstimmung des Bundestages erneut hervorgetretenen Gegensätzlichkeiten über das Saarabkommen durch neue Verhandlungen zu beseitigen, steht nächsten Freitag auf der Tagesordnung des Bundestages. Das ist der CDU furchtbar peinlich und sie wird sicher die Geschäftsordnung berühren, um zu verhindern, dass erneut ihr schlechtes Gewissen vor aller Welt blossgestellt wird. Wir können es ihr nicht ersparen. Unsere Analyse des Saarvertrages ist in erstaunlicher Weise durch die Ereignisse der letzten Wochen bestätigt worden. Es ist ein Vertrag gegen freie Wahlen und gegen die Wiedervereinigung im Westen. Er ist eine schwere Hypothek auf der Politik der Wiedervereinigung über die freien Wahlen im Osten -

Gerüchte um die "Operation Nenni"

PE - Rom, Mitte März

Es hat in Rom allgemein Aufsehen erregt, als sich in diesen Tagen zwei Persönlichkeiten in den Wandelhallen des Parlaments zu einem längeren Gespräch zusammenfanden, die sonst meist nur auf den entgegengesetzten Banken des Hauses zu sehen sind: auf der Regierungsbank der eine, in den Sitzreihen der Opposition der andere. Denn diese beiden Persönlichkeiten waren der sozialdemokratische Vize-ministerpräsident Giuseppe Saragat und der Führer der Linksozialisten Pietro Nenni.

Was Saragat und Nenni miteinander zu besprechen hatten, ist offiziell nicht bekannt geworden, aber mit Windeseile verbreitete sich sogleich das Gerücht: "Die Operation Nenni kommt nun doch zustande".

"Operation Nenni" ist seit den letzten Parlamentswahlen zu einem allgemein gebrauchten politischen Schlagwort geworden. Es bedeutet die Bildung einer christlich-demokratischen Regierung, die so weit links steht, dass sie von der sozialistischen Partei Nennis unterstützt werden könnte und damit eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hätte, die unter Umständen sogar größer wäre als die Mehrheit der gegenwärtigen Regierung Scelba.

Die augenblickliche innen- und außenpolitische Lage in Italien scheint so beschaffen, dass sie tatsächlich gewisse Voraussetzungen für diese berühmte "Operation Nenni" bieten könnte. Da ist vor allem einmal die jüngste, gerade noch im letzten Augenblick vermiedene Krise der Regierung Scelba, die sich aus der Haltung der Liberalen Partei in der Frage der sogenannten Agrarakte ergeben hat. Zwar gelang es für diesmal zuletzt doch noch, den Zusammenbruch der Regierungskoalition zu vermeiden, aber es hat sich bei dieser Gelegenheit doch mit aller Klarheit gezeigt, dass die Liberalen immer stärker rein konservative Basisinteressen vertreten, was ihr Verbleiben in einer Regierung mit den Sozialdemokraten Saragats auf längere Sicht unmöglich machen dürfte.

11.3.1955

So scheinen die Tage der "Vierparteienregierung der Mitte" gezählt, und es ist daher kein Wunder, wenn alle maßgebenden Politiker sich eifrig nach möglichen Ersatzlösungen umsehen. Nenni hat ungezählte Male behauptet, er und seine Parteigenossen seien bereit, jede Regierung zu unterstützen, die einige grundsätzliche Postulate der Linken erfülle. Es sind heute einige Zweifel daran gestattet, ob Nenni und seine Parteifreunde noch immer hundertprozentig auf das kommunistische Pferd setzen. Die neuerliche Palastrevolution in Moskau, die eine völlig unübersichtliche Situation im kommunistischen Lager geschaffen hat, mußte den italienischen Sozialisten ebenso zu denken geben wie der bemerkenswerte Rückgang der kommunistischen Stimmen bei allen Betriebsratswahlen in jüngster Zeit. Dazu kam noch der "Fall Secchia", der gezeigt hat, dass auch das "granitische Gefüge" der italienischen KP bedenkliche Risse und Sprünge aufweist. Pietro Nenni wäre nicht der gewiegte politische Rechner, der er ist, wenn er alle diese Faktoren nicht sehr genau erwogen hätte.

Noch ist es wohl zu früh, von der "Operation Nenni" als von einer unmittelbar bevorstehenden Entwicklung zu sprechen. Aber bestimmt entbehren die hierauf bezüglichen Gerüchte nicht jeder realen Grundlage. Das geht schon aus der äußerst verärgerten Reaktion hervor, die das Gespräch Saragat-Nenni bei der von klerikal-reaktionären Einflüssen beherrschten "Katholischen Aktion" ausgelöst hat. Sollte jedoch in den kommenden Wochen oder Monaten tatsächlich eine solche "Operation" heranreifen, so würde dies für Italien eine einschneidende politische Wendung bedeuten.

Die "Operation Nenni", das heißt ein wenn auch an bestimmte soziale Forderungen gebundenes Zusammengehen Nennis mit der Democrazia Cristiana und der Sozialdemokratie könnte, wenn es sich wirklich um ein Abgehen Nennis von seinem bisherigen Kurs handelte, die von Millionen Menschen ersehnte Möglichkeit eröffnen, eine wirklich modern denkende, aktive Regierung ans Ruder zu bringen, die die soziale Struktur Italiens einschneidend reformieren könnte und dabei doch im Rahmen der parlamentarischen Demokratie und damit des westlichen Kulturkreises verbliebe. Denn einzig dadurch, dass sich Nenni bisher stets auf der politischen Linie Togliattis hielt, konnte der Eindruck entstehen, als sei Italien nicht weit von einer legalen kommunistischen Machtergreifung entfernt. * * *

Päpstlicher als der Papst?

M.M., München

Die Diskussion um das Lehrerbildungsgesetz in Bayern ist in eine sachliche Atmosphäre bei den Ausschussberatungen eingemündet. Das ist gut so, denn das Problem, das hier gelöst werden soll, ist bedeutungsvoll genug und berührt in beträchtlichem Masse das Problem Staat-Kirche überhaupt. Dieses Problem, einmal aufgeworfen, hat nicht nur innerhalb der politischen Kräfte zu einer lebhaften Auseinandersetzung geführt, sondern auch innerhalb der Kirchen selbst sind Diskussionen ernster und tiefgreifender Art im Gange.

Von der evangelischen Kirche sind unterschiedliche Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf, der bekanntlich eine similitane Lehrerbildung festlegt, abgegeben worden und jene Kreise der evangelischen Seite, die einer konfessionellen Ausbildung den Vorzug geben möchten, tun dies, weil sie sonst ein Monopol der katholischen Kirche befürchten. Es geht der evangelischen Kirche im ganzen gesehen um die Sicherung der Parität gegenüber einem Katholizismus, der in Bayern manchmal auch gegenreformatorische Züge erkennen lässt. Die Landessynode der evangelischen Kirche in Bayern, die am 20. März beginnt, wird zweifellos auch Aufschluß darüber geben, welchen Weg die Protestanten in Bayern gehen wollen.

Aber auch in der katholischen Kirche regen sich Kräfte, die einer Neuorientierung das Wort reden und sich gegen eine allzu starre Auslegung der Konkordats-Buchstaben wenden. Vor allen Dingen warnen diese Kreise davor, dass sich die Kirche in der Verfechtung ihres Zieles allein auf die CSU stützen und damit zwangsläufig mit der Oppositionspartei gleichgesetzt wird. Andererseits fühlen sich auch starke Kreise in der CSU nicht wohl, wenn die CSU jetzt zwangsläufig in der Öffentlichkeit als katholische Kirchenpartei angesehen wird. Zwei Vorgänge in den letzten Tagen beleuchten schlagartig die Auseinandersetzung, die sich im Hintergrund abspielt: Die CSU wird ihren Landesvorsitzenden Dr. Hanns Seidel als Sprecher in den kulturpolitischen Ausschuss entsenden, um, wie man genau weiß, nicht Dr. Hundhammer, dem eifrigsten Eiferer der CSU, das Feld allein zu überlassen. Wie Dr.

Seidel sich allerdings seiner Aufgabe entledigen will, wird die Zukunft erweisen.

Auf der gleichen Ebene liegen die wiederholten Einwände gewisser CSU-Prominenten gegen die Fraktionsführung durch Prälat Weikner. Diese Einwände wurden mit der Begründung erhoben, dass die Bevölkerung die CSU als den politischen Arm der katholischen Kirche ansehen müsse. Bisher wurde aber ein Rücktritt des Prälaten von der CSU mit der Begründung abgewiesen, dass man damit die Kirche vor den Kopf stoßen würde. Nun ist aber in diesen Tagen ein Vorstoß von kirchlicher Seite selbst erfolgt. Der Chefredakteur der Münchner Kirchenseitung, Monsignore Lorenz Freiburger, hat - zweifellos nicht ohne Rückendeckung durch das Münchner Ordinariat - den Spieß umgedreht und der CSU vorgehalten, dass es wohl nicht ratsam sei, den Prälaten auf dem "politischen Kommandoturm" zu sehen. Es werde damit der Kirche die Verantwortung für alles aufgebürdet, was diese politische Partei tue oder unterlasse, auch wenn die Kirche überhaupt keinen Anteil daran habe. Obwohl sich Br. Hundhammer sofort mit der Erklärung zu Wort meldete, dass der Prälat auf seinem Posten als Fraktionsvorsitzender bleiben soll, wird die CSU nicht umhin können, die Angelegenheit, die nunmehr zwei Seiten hat, einer Lösung zuzuführen.

Es wird interessant sein, zu sehen, wie die CSU mit diesen Fragen fertig wird. Sie läuft immerhin Gefahr, am Ende päpstlicher als der Papst zu sein. Dies umso mehr, als es ihr passieren kann, dass sie am Schluß aus der Diskussion um die Gestaltung der Lehrerbildung in Bayern überhaupt ausgeschaltet ist.

* * *
Schlaglicht auf die Zukunft

Die hochgehenden Wogen des parlamentarischen Kampfes um Wiederbewaffnung und (bzw. oder) Wiedervereinigung haben sich geglättet. Aber gelegentlich treibt aus diesem Sturm, in dem manches zu Bruch ging, noch ein Stückchen Treibgut an den Strand. So dieser Tage auch dies:

In der zweiten Lesung hatten sich, wie man sich erinnern wird, von der FDP die Abgeordneten Dr. Hönke (nach dem Handbuch des Deutschen

Bundestages heute Dozent und früher einmal Regimentskommandeur - im Range eines Majors (übrigens) und von v. Manteuffel (nach der gleichen Quelle "Oberbefehlshaber einer Panzerarmee - General der Panzertruppen") zum Thema Sicherheit gemeldet. Manteuffel zog seine Wortmeldung zurück, mit der offiziellen Begründung, er wolle der Zeitnot Rechnung tragen, in die man geraten war.

Der wirkliche Grund war ein anderer, wie sich jetzt herausgestellt hat. Mende hatte sich innerhalb der Fraktion vor Manteuffel gemeldet und kam also auch vor ihm zu Wort. Darauf beschwerte sich von Manteuffel in einem Schreiben an die oberste Parteinstanz bitter; es sei unmöglich, dass ein Major vor einem General spreche und zog sein Wort zurück.

Das drückt, so meinen wir, ein mehr bedenkliches als erheitern- des Schlaglicht auf eine Zukunft, die jetzt mit Nifer vorbereitet wird. Wenn dies am grünen Holz der staatservhaltenden Freien Demokraten geschieht... -u

* * *
Weder Satellit des Ostens noch des Westens

ler - Eine Antwort, die es in sich hat, hat der finnische sozialdemokratische Innenminister Leskinen den westlichen Kritikern an Finnlands Außen- und Handelspolitik gegeben. Lange Zeit galt das Land der tausend Seen als der störrischste Eckpfeiler der westlichen Zivilisation, als ein ruhmvoller Vorposten der abendländischen Welt. Das ist es bis heute geblieben und wird es wohl auch in Zukunft bleiben. Aber das demokratische Finnland gehört nicht allein zum Westen, es ist auch unmittelbarer Nachbar der Sowjetunion. Aus der Tatsache nun, dass Helsinki aus eigenem wohlverstandenen Interesse, den Gegebenheiten der Geschichte und Geographie Rechnung tragend, korrekte Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, schlossen amerikanische Zeitungen, Finnland sei auf dem Wege, ein östlicher Satellitenstaat zu werden. Zu dieser in keiner Hinsicht gerechtfertigten Verdächtigung äußerte Leskinen, Finnland sei weder ein Satellit der Sowjetunion, noch stehe es unter der Vormundschaft der amerikanischen Presse. Es wolle künftig weder für den Osten noch für den Westen durchs Feuer gehen, um nachher einsam seine Wunden zu lecken.

Diese würdige Antwort des finnischen Innenministers Leskinen könnten sich manche westdeutschen Politiker zur Richtschnur ihres Handelns nehmen. Sie bekundet ein Selbstvertrauen in die eigenen gesunden Kräfte des Volkes und einen Unabhängigkeitssinn, der vieler Bundesrepublikanern abgeht. Denn Finnland liefert wohl den besten Beweis dafür, dass es wohl möglich ist, die demokratische Lebensordnung zu bewahren, die eigenen Kammern in Schwach zu halten und die Tugenden der westlichen Welt zu pflegen. Und dies alles, obwohl die finnische Hauptstadt sich beinahe in Sichtweite sowjetrussischer Kanonen befindet...

Verantwortlich: Peter Rannau